

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

11.1.1924 (No. 9)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erstausgabe:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur:  
G. Amend,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnnummer 12 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuzählen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße Anzeigen sind hier Freitragung und Reklamationsverfahren fällt der Rabatt fort. Ein Umzug bei Karlsruher. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

### Wirtschaftliche Umschau

Der letzte Ausweis über die Finanzgebarung des Reichs vom 31. Dezember zeigt einen weiteren Fortschritt. Während die Ausgaben in der letzten Dezemberhälfte rund 154 Millionen Goldmark betragen, beliefen sich die Einnahmen aus Steuern usw. auf 89 Millionen, der Zuschußbedarf also auf rund 65 Millionen. Der gesamte aus dem Rentenbankkredit an das Reich bestellte Zuschuß bis 31. Dezember beläuft sich auf 627 Millionen einschließlich der Zwischensummen für besondere Zwecke auf 885 Millionen.

Nach dem ersten Ausweis der Rentenbank vom 31. Dezember sind an das Reich außer einem unverzinslichen Darlehen von 200 Millionen (in Aussicht genommen waren ursprünglich 300 Millionen) 1 Milliarde Mark (statt wie in Aussicht genommen 900 Millionen) an verzinslichen Darlehen gewährt, so daß aus diesem letzten Kredit am 31. Dezember noch 165 Millionen verfügbar waren. Der Rentenbankkredit von insgesamt 1200 Millionen steht also vor der Erschöpfung. Diese ernste Tatsache ist ja seit einiger Zeit bekannt, ein Lichtblick ist nur der, daß sich die Reichseinnahmen andauernd verbessert haben. Während der tägliche Zuschußbedarf in der letzten Dezemberhälfte 10,8 Millionen Goldmark betrug, waren die entsprechenden Zahlen in der letzten Novemberhälfte 20,4, in der ersten Dezemberhälfte 18,4, in der zweiten Dezemberhälfte 13,8 Millionen. Es handelt sich somit darum, durch Erhöhung der Einnahmen aus Steuern usw. wie durch Einsparung an Ausgaben diesen Zuschußbedarf weiter zu verringern, um die schwere Aufgabe, die an den Einnahmen noch fehlenden 43 Prozent der Ausgaben aufzubringen. Dabei sei daran erinnert, daß nach dem Ausweis vom 1. November die Reichsausgaben 1713 Prozent der Einnahmen ausmachten.

Wahrscheinlich hat die Rentenbank die Gewährung weiterer Kredite an das Reich abgelehnt und das Reich sich daraufhin entschlossen, durch Verkauf von Rentenmarktschuldscheinen an Private, die mit 8 bis 9 Prozent verzinst werden sollen und später bei den Steuerklassen als vollgültige Zahlungsmittel eingeliefert werden dürfen, die fehlenden Mittel für die Reichsausgaben aufzubringen. Auf diese Weise ist zweifellos der Beginn einer neuen Inflation vermieden, die andererseits zu befürchten gewesen wäre, wenn neue Kredite der Rentenbank an das Reich gewährt worden wären. Man hat das kleinere Übel, einen zweifellos sehr kostspieligen Kobus der Geldaufbringung gewählt, der vor allem das Bedenken hat, daß dadurch ein Teil der Steuereinnahmen, die zur Deckung der Januarausgaben dienen sollen, vorweggenommen wird und daß außerdem 8 bis 9 Prozent den privaten Kreditgebern als Steuernachschuß gewährt werden. Das Reich konnte sich aber nicht anders helfen, und schon dies zeigt uns, wie schwierig ein weiteres Fortschreiten in der Staatsfinanzierung sein wird!

Es ist somit zweifelhaft, ob wir noch im Januar zu dem Zustand gelangen, daß die fehlenden 43 Prozent der Ausgaben aufgebracht werden, zumal auch die 3. Steuernotverordnung noch nicht herausgebracht ist und es wenig wahrscheinlich scheint, daß die im Januar einkommenden Steuereinnahmen von den Finanzämtern mit solcher Beschleunigung dem Reich zugeführt werden können, wie es erforderlich wäre. Man wird also wohl die Hoffnung, zu geordneten Staatsverhältnissen zu kommen, auf den Februar verschieben müssen.

Auf den deutschen Börsen herrscht weiterhin geradezu Depression und Stille. „Geld zu machen“ ist dort schwer geworden. Das Effektengeschäft stagniert. Handel und Industrie leiden unter Geldknappheit, namentlich letzterer fällt es infolge der Kreditverengungen tatsächlich schwer, die laufenden Gelder für Lohnzahlungen und Materialbeschaffungen aufzubringen. Vieles muß Effekten zu diesem Zweck verkauft werden, sicherlich auch ein wesentlicher Grund für den deren dauernd niedrigen Stand. Die Kreditfrage wird — zumal die Kreditnot zweifellos auch zur Erwerbslosigkeit beiträgt — immer aktueller. Sie kam auch anlässlich der Anwesenheit des Befreiungskommandanten General Reinhardt hier in Karlsruhe zur Sprache. Als wesentlichste Gesichtspunkte sind dabei folgende herauszugreifen:

Die Gewährung von Bankkrediten hängt in erster Linie von den den Banken zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Natürlich werden sich die Banken auf die Dauer nicht nur auf die von der Reichsbank und den Notenbanken ihnen zustehenden Summen stützen können, sondern müssen selbst wieder Kapital sammeln. Die bisherige Lösung war eben eine Erschöpfung der Inflationszeit und nur unter der Inflation möglich. Der

Depositenverkehr ist das Mittel für die Banken um Kapitalien für Kreditzwecke zusammen zu bekommen. Nur wenn die absolute Wertbeständigkeit gewährleistet wird, wird er sich wieder heben lassen. Es handelt sich hier um die Erziehung des Publikums zum Vertrauen, damit es von seinen in der Inflationszeit begründeten Gepflogenheiten abkomme, sein angesammeltes Geld zu thesaurieren und auch die Rentenmark wieder dem Umlauf zuleitet, wodurch auch der Devisenmarkt entlastet würde. Zurzeit fließt gerade die Rentenmark nur in geringen Mengen den Banken zu. Die Banken, die den Zinssatz wiederholt erhöht haben, werden sich, wie in der Ansprache angekündigt wurde, nun auch ausdrücklich verpflichten, die Wertbeständigkeit der Guthaben in Rentenmark zu gewährleisten. Nicht zu vergessen ist bei allen Klagen über Kreditmangel auch die Tatsache, daß in normalen Zeiten mit geordneter Währung nicht nur der Geldkredit, sondern auch der Warenkredit eine wichtige Rolle spielte und den Geldmarkt entlastete.

Die Aufwertungsfrage harret immer noch der Lösung. Der Plan der Reichsregierung, die Aufwertung von Hypotheken, Obligationen, Pfandbriefe usw. zugunsten des Gläubigers zu unterlagen und dafür dem Schuldner erwachsende Vermögensverluste ganz oder teilweise steuerlich zugunsten des Staats zu erfassen, begegnet berechtigten Bedenken und Widerständen. Denn es handelt sich hier um nichts anderes, als um die gesetzliche Entgeltung weiterer durch die Geldentwertung an und für sich schon schwer geschädigter Kreise, die vielleicht überhaupt nicht durch das Ermächtigungsgesetz angeordnet werden kann, da das Eigentum durch die Reichsverfassung garantiert wird. Die Kompliziertheit der Frage, auf die ja kürzlich bereits Abg. Reimann in dem Antrag in der Handelskammer zu Karlsruhe hinwies, braucht hier nicht nochmals dargelegt zu werden, jedenfalls aber muß nach dem bekannten Urteil des Reichsgerichts vom 28. November, das die Verpflichtung des Hypothekenschuldners usw. zur Aufwertung grundsätzlich anerkannt hat, auch in bezug auf die bereits gewährten Hypotheken, die schon mit entwerteter Geld zurückbezahlt worden sind, eine gerechte Lösung gesucht werden, die auf keinen Fall in einer Sanktionierung der völligen Entwertung des Gläubigers liegen dürfte.

Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß durch die Inflation gerade der Mittelstand und die intellektuellen Volksschichten proletarisieren wurden, die für das geistige und kulturelle Leben der Nation die größte Bedeutung haben.

Es muß ein Weg gesucht werden, die Sachverhältnisse zu Dyhern in gleichem Umfang zu zwingen, wie sie die Nominalwertbesitzer bereits gebracht haben. Letzteren aber und ihren Witwen und Waisen alles zu nehmen, kann nicht Aufgabe eines Staates sein, selbst wenn er sich in noch so großen finanziellen Schwierigkeiten befindet. Ein Vorschlag, den Prof. Dr. S. Großmann (Leipzig) in der „Frankf. Zeitung“ macht, sieht eine Wiedereintragung der nach bestimmten Grundbesitz ermittelten Aufwertungssummen, auch bei bereits gelösten Hypotheken auf wertbeständiger Basis vor, wobei diese Summen für eine bestimmte Zeit unföndbar sein sollen. Reich und Gemeinden sollen mit Anteilen beteiligt werden, die zu amortisieren sind.

Das Kapitel Preise ist weiterhin eines der schwierigsten Themen. Die deutsche Volkswirtschaft steht jetzt vor folgenden Aufgaben: Sie muß in erster Linie alles tun, um die Produktion zu steigern, um alle Wirtschaftszweige zu festigen; denn nur unter diesen Voraussetzungen wird das eingeleitete Gesundungswerk fortgesetzt werden können. Wenn vermehrter Absatz unserer Produktion im Ausland und nicht Gegenwerte schafft, wodurch unsere Zahlungsbilanz verbessert wird, so nimmt das deutsche Volkvermögen infolge des Geldabflusses ins Ausland weiter ab und die Stabilität der Währung ist nicht aufrecht zu erhalten. Die Einfuhr muß möglichst verringert, die Ausfuhr möglichst gehoben werden. Aus diesem Grunde muß — nebenbei bemerkt — auch auf eine mögliche Einschränkung von Vergnügungstouren Deutscher ins Ausland hingewirkt werden.

Nicht nur in den Exportindustrien, sondern in allen Wirtschaftszweigen muß zu diesem Zweck die Produktion verbessert werden, jede Verbesserung in dieser Hinsicht wird für die Gesundung unserer Wirtschaft wirken. Mehrfach haben wir an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, wie mannigfach und kompliziert die Frage der Produktionsverbesserung ist, und daß die Frage der Preisgestaltung, je mehr mit der Festlegung der Währung die spekulativen Faktoren wegfallen, eine Frage der tatsächlichen Produktionskosten, der Kosten der Arbeit ist. In allen Artikeln stehen dann tatsächlich von der Förderung

und Gewinnung des Rohstoffes an bis zur antransportierten Fertigware fast ausschließlich Arbeitslöhne. Eines der wichtigsten Mittel, die Produktion zu fördern, ist zweifellos die Bezahlung nach Leistung, sie gibt den Ansporn und sichert und fördert bei Akkordlohn nicht nur eine größere Quantität der Arbeit, sondern auch die Leistungen der Qualitätsarbeiter, wo diese durch entsprechende Mehrbezahlung herausgehoben werden können. Qualitätsarbeit aber schafft immer das preiswerteste Produkt. Die Frage der Preiswürdigkeit unserer Produkte schließlich ist das Wichtigste, denn nur mit preiswerter Arbeit werden wir wieder vorwärtskommen, auf dem Weltmarkt und durchsetzen und zu einem allgemeinen Durchschnitt der Lebenshaltung gelangen können, der die Fortführung einer geordneten Staats- und Volkswirtschaft möglich macht.

Woran es vorerst noch fehlt, werden vielleicht nachstehende Zahlen dartun, die wir aus einem Berufszeug herausgreifen. Im Buchdruckgewerbe betragen die wöchentlichen Spitzgehälter für gelernte Gehilfen pro Woche 27 M. (1914: 22,31 M.), für Hilfsarbeiter 22,95 M. (23,10) für Hilfsarbeiterinnen 14,58 (14,85), für Faktore (Berkmeister) monatlich 155 Mark (230—250 M.). Die Zusammenstellung ergibt, daß die gelernte Arbeit in diesem Gewerbe, je qualifizierter sie ist, desto mehr den „Entbehrungsfaktor“ zu tragen hat und niedrigere Löhne als im Frieden aufweist. — bei den Berkmeistern steigt diese Differenz auf 33 Prozent, — während der ungelernete Arbeiter ungefähr dieselben Löhne wie im Frieden hat. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Arbeitszeit von 9 Stunden im Frieden auf 8 Stunden herabgesetzt ist, daß außerdem 8 Tage im Jahre mehr an Ferien und Feiertagen gewährt werden. Daraus allein ergibt sich eine Produktionsverwertung im Vergleich zum Frieden um rund 15 Prozent, wogegen die Tatsache geringerer Leistungen und erhöhter teurerer Spesen — die Bahnfrachten, die nun eine, wenn auch bescheidene, Ermäßigung erfahren, übersteigen bei weitem die Friedensfrachten — und Materialien kommen.

Diese Tatsachen sind auf jeden Fall ein Beitrag zur Schwierigkeit der Lösung der Preisfrage und des Preisabbaus in einem Gewerbe. In jedem Gewerbe sind die Voraussetzungen allerdings verschieden und schwanken, wie es in der Natur der Sache liegt. So ergibt sich augenscheinlich bei den Maurerarbeiten, wo übrigens wahrscheinlich ein Abbau in Sicht steht, ein anderes Bild: Der Maurerlohn beträgt pro Stunde gegenwärtig 55 Pfennig (1914 59 Pfennig), der Stundenlohn der Tagelöhner 42 Pfennig (49 Pfennig), die Polierer erhalten 10 Prozent mehr wie die Maurer, (im Frieden 15 Prozent). Hier ist die Spanne für die Berkmeister zwar verschlechtert, die zwischen gelernten und ungelernen Arbeitern jedoch vergrößert. Bei vielen Berufszeugen, bei denen eigentliche Qualitätsarbeit zu leisten ist — die immer entweder rein geistige oder in hohem Grad geistige Arbeit ist — werden Tarife auf die Dauer überhaupt keinen Anhaltspunkt bieten können und dürfen. Sie werden die Bezahlung lediglich nach unten begrenzen, also nur Minimaltarife sein können. Je mehr sie eine solche Funktion in den einzelnen, dafür in Betracht kommenden, Berufszeugen tatsächlich erfüllen, d. h. je mehr hier nach Leistungen bezahlt wird und werden kann, von einem desto besseren Fortschreiten der Gesundung in dem betreffenden Gewerbe wird man sprechen können.

Im Verfahren gegen Hitler und Genossen wegen des Novemberputsches ist jetzt die Anklageschrift beim Volksgericht München eingereicht worden. Die Anklage, die auf Hochverrat lautet, geht gegen acht Personen, die sich in führender Rolle an dem Umsturz beteiligt haben. Mit werden genannt: Hitler, Ludendorff, sein Stiefsohn, ferner Oberlandesgerichtsrat Böhner, Oberamtmann Dr. Feil, der Sittlichkeitspolizeidirektor von München, Hauptmann Böhm, Dr. Weber, der Führer des Bundes Oberland und Hauptmann Weiß, des Schriftleiter des „Heimatländ“. Doch kann noch bei eine oder andere Angeklagte dazu kommen. Mit der Verhandlung ist nicht vor Mitte Februar zu rechnen.

Der Konflikt im Buchdruckgewerbe beigelegt. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die tariflichen Streitigkeiten im deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe sind heute durch eine vor dem Reichsarbeitsministerium getroffene Vereinbarung beigelegt worden. Die wöchentliche Tarifarbeitszeit beträgt 48 Stunden, die auf Anordnung der Arbeitgeber bis auf 53 Stunden, bei Maschinenführern bis 51 Stunden verlängert werden kann. Für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar verbleibt es bei der bisher gültigen Regelung. Auf Grund dieser Vereinbarung haben sich die Vorstehenden der Arbeitgeberorganisationen bereit erklärt, ihre Mitglieder anzuweisen, die zum Zwecke der Aussperrung ausgesprochenen Kündigungen sofort zurückzunehmen.

Beamtenabbau. Laut „Berl. Lokalan.“ wurden bis jetzt rund 54 000 Beamten auf Abbegehalt gesetzt. Die Ersparnisse an Personalausgaben werden auf 883 Millionen Goldmark veranschlagt.

## Zur Frage einer etwaigen Rechtschwenkung d. Zentrums

nimmt ein eigener Leitartikel des „Vab'schen Beobachters“ (Nr. 8 vom 10. Januar) in beachtenswerter Weise Stellung, indem er ausführt:

Eine „Berliner“ Korrespondenz, die nicht dem Zentrum angehört, hat die Gabe, das Gras wachsen zu hören und die Bewegungen der Geisteswelt zu sehen. Sie ist infolgedessen in der Lage, Nachstehendes der Welt zu melden:

Herr Marx selber scheint nicht nach neuen Vorbeeren Verlangen zu haben. Ich meldete schon gestern, daß er, sobald es die Umstände gestatten, dem Mann des Vertrauens im Zentrum und innerhalb der deutschnationalen Partei, das ist Stegerwald, seinen Platz räumen will. An dem Zustande kommen des Bürgerbunds wird hinter den Kulissen eifrig weiter gearbeitet. Hier wird vor allem Rücksicht auf die Wünsche in Bayern und im Mecklenburg genommen, der seine Bemühungen um die Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei im Interesse der kommenden Wahlkämpfe mit sichtbarem Erfolge fortsetzt. Man sagt, daß auf bayerischer Seite eigentlich nur noch Dr. Heim den Widerstand gegen diese Bestrebungen verkörpert, während der linke Zentrumsflügel unter Dr. Wirths Führung bereits lahmgelegt wäre. Herr Heim ist schwer leidend, und Herr Wirth hat sich nach seiner Erkrankung mit vielen Enttäuschungen ermüdet in seine Heimat zurückgezogen, er wird dem härter gewordenen rechten Zentrumsflügel kaum noch gefährlich werden können. Der Einfluss des Münchener Kardinals, Dr. Kaufhaber, tritt auch nach dieser Seite härter hervor. Und bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen wird der Erfolg des rechten Zentrumsflügels sehr vernehmlich mitgesprochen. Auf die Symptome für eine Rechtschwenkung habe ich wiederholt hingewiesen. Sie erscheinen heute noch bedeutsamer, wo die Fühlungnahme mit den Deutschnationalen für eine Regierungsgemeinschaft auch in Preußen Fortschritte gemacht hat.

Soweit der Korrespondent. Wir glauben, über die politischen Vorgänge im Zentrum auch etwas orientiert zu sein; allein von einer Annäherung zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum ist uns nur das bekannt, daß der 9. November 1923 mit seinen instruktiven Erfahrungen manche Illusion zerstreut und die Geister mit ihrer wahren Gesinnung geöffnet hat. Damit dürften allerdings einige Hindernisse, die einer Verständigung im Wege standen, beseitigt sein. Auch das andere ist richtig: die gesunden föderalistischen Gedanken treten mehr und mehr heraus und das nicht bloß etwa in Bayern, auch sonst im Süden. Wir erinnern nur an die „Denkschrift“, die einer der bayerischen Zentrumsführer jüngst im Auftrag des Landtags verfaßt und der Öffentlichkeit übergeben hat. Daß der 1. Vorsitzende der Partei in Baden von jeder einem gesunden Föderalismus das Wort geredet hat, und das längst, eh' man andere Stimmen hörte, ist bekannt. Diese Sachlage dürfte vielleicht heute in Bayern etwas mehr bekannt sein und gewürdigt werden. Von besonnenen „Bemühungen“ ist uns aber nichts bekannt; darum sind wir aber auch nicht in der Lage, an die „sichtbaren Erfolge“ zu glauben, wie sie durch das Scherenschenkreuz an der Spree gesehen werden.

Noch dicker ist unser Fragezeichen, das wir hinter die Nachricht sehen, die von einem „Bürgerbund“ unter deutschnationaler Führung, mit Herrn „Stegerwald“ an der Spitze, zu berichten weiß. Die christlichen Gewerkschaften haben dieser Tage eine Entschließung der Öffentlichkeit übergeben, die sicherlich in den kapitalistischen Ohren der Deutschnationalen unannehmliche Eindrücke erweckt hat. Selbst wenn das nicht zu verzeichnen wäre, so dürfte auch so gesagt werden, daß das Zentrum seine sozialpolitische Vergangenheit hat, der es heute erst recht nicht untreu werden wird. Ebenso haben die kirchlichen Gewerkschaften der bestehenden Vorgänge in München manchen, der noch rechtlich scheitern zu sollen glaubte, die Augen wieder geradeaus gelenkt!

Gewiß, Herr Dr. Wirth, unser weitschauender Landsmann, ist erkrankt und hat bei der Eigenart des Leidens natürlich schon nach einige Zeit den ärztlichen Rat, sich zu schonen, zu seinem eigenen wie zu unserem Leidwesen zu respektieren. Immerhin schreitet die Besserung so rasch und sicher voran, daß er wieder mit seinen Freunden politisieren kann. Daß dieser verdiente Staatsmann „Enttäuschungen“ erlebte, ist nichts besonderes; der Staatsmann wäre noch zu suchen, der in seinem Amte keine zu verzeichnen gehabt hätte. Die Frage ist nur die, ob die, welche die „Enttäuschungen“ bereiten und somit zu verantworten haben, jetzt nach den Erlebnissen des Jahres 1923 nicht die wirklich „Enttäuschten“ sind! Jeden-

falls wäre das deutsche Volk in weiten Schichten heute froh, Dr. Wirth hätte seine Politik weiterführen und die Aera, die folgte, und die das deutsche Volk so furchtbar teuer zu stehen kommt, wäre ihm erspart geblieben. Daß Herr Dr. Wirth diese Weisung an das deutsche Volk schmerzlich empfindet, das ehrt ihn. Mehr wie einer hat dem Staatsmann übrigens schon alle Abtute geleistet.

Herr Dr. Wirth ist Zentrumsmann. Für ihn gibt's keinen rechten und linken Flügel, für ihn sind maßgebend die großen Grundsätze unserer Partei, vor allem die sozialen, wie sie emittens gerade die Bestehenden wie von Schorlemer, Graf Galen, von Dettling, von Kettler — zur ihrer Ehre feig gesagt — auch dann vertreten haben, wenn sie verschiedene Folgen aus ihrem Steuerzettel ablesen konnten. Auch wenn Herr Dr. Wirth die nächste Zeit noch in etwa gehindert sein sollte, im Parlament diese Grundsätze zu vertreten, so werden sicherlich andere da sein, die es tun. Die Entwicklung in unserem Vaterland wird übrigens mit eiserner Notwendigkeit manches bitteren, was heute von manchem Auge noch nicht gesehen wird oder gesehen werden will. Für das Zentrum gibt's keine „Rechtsbewegung“, sondern nur die Pflicht, dem Volk und Vaterland zu dienen und den sozial Schwachen für Luft und Licht, für gerechte Behandlung zu sorgen; dabei wird es nicht übersehen, was Sollmann in der Glode 1923, S. 887, schreibt, „daß nur aus einer gesunden kräftigen Wirtschaft eine gute Sozialpolitik sich entwickeln kann; ist der wirtschaftliche Unterboden geschwächt, so verkommt die Sozialpolitik, auch wenn alle Sozialgesetze formal fortbestehen, ja auf dem Papiere noch verbessert werden.“

Aus der Berliner Korrespondenz entnehmen wir nur eines, und das ist die Intention, mit der man in bestimmten Kreisen das Zentrum nach rechts hin von seiner Bahn abdrängen möchte: das ist der Wunsch und die Sehnsucht, an die Macht zu kommen und die Einladung an das Zentrum zu Hauswirtschaftsdiensten, nämlich beim Aufstehen die Steuergeländer zu halten und die Bügel in die Hand zu geben gesamt! Wir begen das Vertrauen zur Klugheit unserer Führer, daß sie auch in den Dingen klar sehen! Abgesehen weh' kein Mensch, wie das Resultat der nächsten Wahlen aussehen wird. Die Entschieden sind ein neuer Faktor. Wer vermag ihn heute schon absolut sicher einzuschätzen? Darum bleibt nichts übrig, als abzuwarten.

## Das Attentat von Speyer

In den Vorgängen in Speyer teilt W.T.B. noch folgendes mit: Heinz-Orbis wurde in dem Augenblick von der Kugel getroffen, als er auf den Hof „Hände hoch!“ von seinem Volk aufstehen und die Hände erheben wollte. Die Kugel traf ihn in den Hinterkopf. Von den anderen, die mit einer drei Köpfschüsse erhalten, von denen jedoch keiner den sofortigen Tod herbeiführte. Die vier außer Heinz-Orbis umgezogenen Personen starben erst im Krankenhaus. Einer der Hotelgäste, ein Kaufmann aus Krefeld, wurde durch einen Schuß in den Mund verletzt, jedoch nicht lebensgefährlich. Ein anderer Gast, der, ohne zu wissen, wem die Schüsse galten, durch das Fenster entkommen wollte, erhielt einen Schuß, der glücklicherweise nur seinen Rock durchlöcherete. Das Vorgehen der Attentäter kam außerordentlich überraschend. Es wird erzählt, daß zwei von ihnen sich schon vorher an den Tisch gesetzt hätten, an dem Heinz-Orbis gesessen hatte, und daß sie sich mit ihm eine Zeit lang unterhielten. Raum hatten sie sich aus dem Saal zurückgezogen, öffnete sich die Tür, und vier oder fünf junge Männer riefen „Hände hoch!“ und gaben sofort Schüsse ab. Einer ihrer Mithäter sprangte unmittelbar nach Abgabe der Schüsse den elektrischen Schalter aus, worauf die Täter entliefen. Die Augenzeugen erzählen, daß die Täter keinen Mantel oder Kopfbedeckungen trugen. Unter den Gästen des Hotels befand sich auch ein französischer Offizier und ein englischer Pressevertreter. Kurz nach der Tat kamen einige weitere Führer der Sonderbundler in den Mittelbacher Hof, darunter Bey und Schmitz. Diese nahmen sofort die Untersuchung auf und verhörten die Anwesenden. Auch wurden die französische Gendarmerie und die deutsche Polizei verständigt, die sofort mit den Ermittlungen begannen.

Nach dem vorstehenden Bericht des Gewährsmannes des W.T.B. der sich auf die Aussagen von Augenzeugen stützt, ist eine Darstellung der separatistischen Pressestelle, wonach die Täter im Ausgang noch weitere Unbeteiligte niedergeschossen hätten, nicht zutreffend.

Nach der „V. Z.“ am Mittag haben sich im Anschluß an die Ermordung des Heinz-Orbis blutige Zusammenstöße zwischen den Separatisten und der Bevölkerung ereignet, in denen fünf

Personen getötet worden sein sollen. Einzelheiten über den Umfang der Unruhen seien nicht bekannt, da die Separatisten eine strenge Bereschensperre ausübten.

Die Separatisten haben eine Reihe von Geiseln in Metzbrücken festgenommen: Oberregierungsrat Dr. B. Amann, Direktor Dr. Lehmann, Oberlandesgerichtspräsident Bilabel, Staatsanwalt Köhler, Bürgermeister Öhring, Amtsrat Müller und Justizassessor Bilabel. Ferner wurde von den Separatisten eine strenge Stadtkontrolle ausgedehnt.

### Das Reichskabinett

Das Reichskabinett ist am Donnerstag zu einer Beratung der Vorkommnisse in der Pfalz zusammengesetzt.

### Französische „Untersuchungen“

Die diplomatische Mitarbeiter der Pariser „Globe“-Agentur berichtet, daß infolge der englischen diplomatischen Schritte, die in Paris und Koblenz wegen der Separatisten in der Pfalz erfolgt sind, die französische Regierung beschloß, an Ort und Stelle durch Delegierte der Rheinlandskommission eine Untersuchung veranlassen zu lassen.

Das hätte schon längst geschehen müssen, denn die deutsche Regierung hat wiederholt in scharfen Protesten auf die unerhörten Zustände in der Pfalz hingewiesen. Da aber deutsche Proteste ungenügen in den großen Papierkorb am Quai d'Orsay zu wandern pflegen, bedurfte es erst der englischen, nur schlecht behüllten Drohung, selber nach dem Rechten sehen zu wollen, um die Franzosen aus ihrer Beträubnis aufzurütteln. Hoffentlich endigt die „Untersuchung“ der Tatsachen, die den Franzosen selbstverständlich genau bekannt sind, mit einem für die Pfälzer erfreulichen Ergebnis.

### Rundgebungen der Pfälzer bei General de Metz

Donnerstag vormittag empfing General de Metz die Vertreter der pfälzischen Städte. Der Vertreter der Stadt Speyer drückte laut „Pfälzischer Rundschau“ gleichzeitig im Namen der pfälzischen Städte sein Bedauern aus über die in Speyer vorgekommene Mordtat.

Er wiederholte sodann den in Koblenz vorgebrachten Protest der Städte gegen die nach ihrer Auffassung zu Unrecht bestehende sogenannte autonome Regierung der Pfalz.

Hierauf wurden die Vertreter der pfälzischen Verbände und Korporationen von General de Metz empfangen (Verband pfälzischer Industrieller, Arbeitgeberverband, Handelskammern, Handelschuhverband, Handwerkskammern, Kreisbauernkammern, Verein für den rheinisch-pfälzischen Weinhandel, Bankverein, Vereinigung pfälzischer Zeitungsverleger, Landesverein Pfalz im Reichsverband der Deutschen Presse, Apothekerkammer, Ärzteverband, Anwaltskammer). Sie erhoben in feierlicher Weise ebenfalls Einspruch gegen die unrechtmäßige „Regierung“ und deren Verordnungen und bemerkten, daß sie ihren Protest morgen auch in Koblenz bei der Interalliierten Rheinlandskommission wiederholen zu wollen. Zugleich soll bei dieser Gelegenheit Einspruch erhoben werden gegen die Eintragung der Verfügungen der sogenannten autonomen Regierung bei der Rheinlandskommission, damit diese nicht Gesetzeskraft erhalten.

Im Verlauf der Besprechung bedauerte General de Metz, daß die verschiedenen Vertreter der wirtschaftlichen Verbände kein Wort des Abscheues über die vorgekommene Mordtat gefunden hätten, worauf ihm erwidert wurde, daß die Vertreter der oben genannten Verbände zu dem ausgesprochenen Zweck bei ihm erschienen seien, um ihm im Rahmen ihrer Vollmachten den erwünschten Protest vorzutragen. Den rein menschlichen Empfindungen über die Mordtat wurde dabei Ausdruck verliehen.

Dem Besuch der wirtschaftlichen Verbände in Koblenz werden sich auch die Spitzen der pfälzischen Kultusgemeinden anschließen.

### Eine Rundgebung der katholischen Geistlichen der Pfalz

DZ. Speyer, 10. Jan. Die kathol. Defens, als die berufenen Vertreter der katholischen Gesamtgeistlichkeit der Pfalz, erlassen unter dem 6. Januar ds. Jz. zur Frage der Bildung einer sogenannten „autonomen Pfalz“ im Benehmen und Einverständnis mit dem Bischof der Diözese Speyer eine Rundgebung, die den Regierungen sämtlicher Staaten, dem Vertreter des Heiligen Stuhles sowie den Delegierten der Rheinlandskommission zugestellt wurde. Es heißt darin:

„Wir katholischen Priester der Pfalz haben es seit Eintritt des Friedenszustandes zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Mächten als unsere Pflicht betrachtet, mit den Besatzungsbehörden als einer auf gesetzmäßigen Verträgen beruhenden Einrichtung in lokaler Weise zusammenzuarbeiten, soweit unser Amt und das Wohl der Bevölkerung es erforderten. Wir lehnten es und lehnen es auch heute ab, irgendwelche rein politischen Ziele, besonders soweit sie einen unchristlichen

## Kammerspiele — Strindbergabend

Die zweite Kammerspielveranstaltung war entschieden glücklicher als der Anfang. Mit Strindbergs Einaktern waren geeignete Stücke gewählt und von Felix Baumbach, dem eigentlichen Leiter der Kammerspiele, geschickt und ihrem Wesen entsprechend auf der kleinen Künstlerkassette inszeniert. Der Strindbergabend brachte „Samum“ und „Fräulein Julie“. Beide aus jener Zeit um 1888, in der Strindberg alles Wese in der Frau sah, aus jener Zeit, da bei dem Schizophrenen der vollendete Eifersucht- und Verfolgungswahn ausbrach.

„Samum“ ist das weitaus unbedeutendere beider Stücke. Im Grunde ist es Schauertheater um Strindbergs ewiges Motiv des Antisemitismus. Ein französischer Kolonialoffizier wird im austroindischen, erstickenden Wüstenklima von der hasserfüllten Araberin zu Tode gehetzt, wobei die fanatische Regäre dem leidlichen Tod den seelischen Werd vorausschickt, indem sie dem in Qualen sich Windenden, Gott, Weib, Kind, Freund und Vaterland vernichtet, mit dem Glauben an alles Gute, Schöne des Lebens auch das eigene Selbst zerbricht. (Man könnte fragen, ob Strindberg nicht den Bogen überspannt, denn schließlich ist für den, dem a. g. Güter des Lebens genommen sind, der Tod kein großes Opfer mehr.)

Gespielt wurde gut. Namentlich Martha Moeller mit ihrem vollen sonoren Organ, das beim ersten Gottesanruf wie Rufst lang, und ihrer starken Nase wußte dem Stücke mehr zu geben als ihm eigen war. Auch Rob. Wörner brachte die Todesqualen des Offiziers bannend heraus. Schwach war die Nebenfigur des Scheichs von Felix Baumbach, der aber als Regisseur gute Stimmung erzeugte.

„Fräulein Julie“ war das Drama, mit dem zurzeit des Naturalismus, vor einem Menschenalter bereits, Strindberg seinen Ruhm in Deutschland begründete. Damals sah man in ihm noch den Erben und Fortsetzer Ibsens, in Fräulein Julie die Verwandte Hedda Gablers. Die Frauenspsychologie war verbunden mit dem sozialen Klassen- u. Sinterhaus ein beliebtes Motiv war; dieses soziale Motiv wurde von Strindberg, dem früheren Reichsrentkassiers, als „Sohn einer Dienstmagd“ fühlte. Wieder erkennen wir den rücksichtslosen Selbstentwerfer, wenn wir Str. Darstellung seiner eigenen Jugend (1836) mit den Worten und Empfindungen Jeans vergleichen. Str. betont darin als bedeutsamstes Gefühl neben dem Zweifel: „Empfindlichkeit gegen Druck.“ Darum verfuhr er teils den Druck zu verringern, indem er sein eigenes Niveau hob, teils das höhere zu kritisieren, um einzusehen, daß es nicht so hoch steht, also nicht so erstrebenswert sei.

Immer wieder sprechen Strindbergs Personen seine eigenen Überzeugungen. Wenn die dritte Gestalt des Stückes, Christel, mit der Verdrängung der niederen Sklavenecke über die geallene Helbin mittellos triumphiert und in gehobener Selbstgerechtigkeit zu deren Demütigung hämische Worte wendet, so spricht daraus Strindbergs Anschauung vom Christentum überhaupt, wie er es 1890 verurteilt: „Das Christentum ist für mich ein Rückschlag in der

Entwicklung, die Religion der Kleinen, der Erbärmlichen, der Kastraten, der Weiber, der Kinder und der Wilden, darum steht sie im strikten Widerspruch zu unserer Evolution, die den Starcken gegen die Schwachen vortreibt.“

Julie war die Rolle einer unserer größten Schauspielerinnen: der Gertrud Eysoldt. Der Historiker der Schauspielerei R. K. Gode, damit freisetzt in seiner reißenden Monographie „Die Schauspielerin. Ihr Weg, ihre Gestalt, ihre Wirkung.“ Strindberg und Bedelin haben den Mantel der Wildernatur im Weibe gelüftet: sie erhebt bei ihnen fast als Symbol der Sexualität, wird aus Liebe in den Haß geschleudert, in den Haß der Geschlechter, in die Dämonie des Geschlechtlichen und der wilden im bürgerlichen Sinne pervertierten Sinnlichkeit. Diese Frauen spielt und lobt Gertrud Eysoldt. Ihre Frauen sind kühl, triebhaft und klug zugleich, zum Klagen gewohnt in Intellektualität und bezwungener Geistigkeit, die immer neuen Antriebs aus dem Dasein als Geschlechtsindividuum sammelt.

Derma Element kann damit nicht verglichen werden. Es ist anzuerkennen, wie sehr sie sich bemüht, den Intentionen des Dichters gerecht zu werden. Aber bei allem Bemühen kommt sie über technische Mache nicht hinaus. Sie vermag uns nie im Innersten zu packen. Es fehlt ihr ebenso sehr das dämonisch-triebhaft glühende wie das geistig-beherrschend überlegene. Sie reizt keine Tiefen auf, offenbart nie Menschlich-Menschenliches, sie spielt immer Theater. Wenn sie auch stellenweise gut spielt und darüber selbst ihre stimmliche Unzulänglichkeit bergreifen läßt, so bleibt ihre Leistung doch immer ein Versuch mit unzureichenden Mitteln. Sie vermochte daher nicht die neuwärtigen langen, allzu langen Strindbergischen Erörterungen in künstlerischer Darstellung so zu vertiefen, von innen heraus zu gestalten, daß die Neuwärtzerrung in der Anschauung der Kunst ihre höhere Lösung fände. Man war daher froh, als sie end. i. h. mit dem Regisseur ihren letzten Gang antrat und damit das qualvolle Spiel zum Schluß brachte. Auch St. Dahlen mußte als Jean, obwohl er natürlich ein ganz anderes künstlerisches Niveau bedeutet, nicht durchgängig von der Notwendigkeit seines Spiels zu überzeugen. Das Brutale des Siegers im Geschlechterkampf lag ihm entschieden besser als das Beduente des Domestiken. Am einheitlichsten und damit tollendsten war die Nebenfigur des S. Noorman, wobei allerdings einzugehen ist, daß ihre Rolle

Entwicklung, die Religion der Kleinen, der Erbärmlichen, der Kastraten, der Weiber, der Kinder und der Wilden, darum steht sie im strikten Widerspruch zu unserer Evolution, die den Starcken gegen die Schwachen vortreibt.“

Entwicklung, die Religion der Kleinen, der Erbärmlichen, der Kastraten, der Weiber, der Kinder und der Wilden, darum steht sie im strikten Widerspruch zu unserer Evolution, die den Starcken gegen die Schwachen vortreibt.“

Waffenfabrik und gefährliche Revolvereisen verfolgen, zu unterdrücken und erklären folgendes:

1. Eine gegen den Willen der pfälzischen Bevölkerung, des Reiches und Bayerns vollzogene Trennung der Pfalz vom Reich und Bayern wird nicht dem wahren Frieden und der Wollerversöhnung dienen, sondern vielmehr die Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volke vergiften und ständig die Gefahr nationaler Kämpfe und kriegerischer Entwicklungen heraufbeschwören.

2. Die sogenannte „Regierung der autonomen Pfalz“ steht hinsichtlich ihrer Existenz und ihrer Maßnahmen im Widerspruch zur Willensmeinung der weitaus überwiegenden Mehrheit des Pfälzer Volkes. Diese „Regierung“ hat Macht auf revolutionärem und hochverräterischem, d. h. durch das aristokratische Sittengesetz verbotenen Wege und mit verwerflichen Mitteln zu erlangen versucht und sie kann ihre Stellung nur behaupten, weil das waffenlose Pfälzer Volk nicht in der Lage ist, gegenüber den bewaffneten Truppen der Separatisten dem Recht der legitimen Gewalt und seiner überlegenen Geltung zu verschaffen.

3. Wir sehen ganz davon ab, daß weder ihre Herkunft, noch ihr Vorleben, oder sonst die ihrer Regierungsstellen tatsächlich usurpiert haben, ihre Verdienste, die autonome Regierung der Pfalz, und ihre Anhänger berechtigen, im Namen des Pfälzer Volkes zu sprechen. Um so nachdrücklicher aber betonen wir unseren grundsätzlichen Standpunkt, das Gebot Gottes, das uns den Gehorsam gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit vorschreibt, die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber dem Staate Bayern, der seit mehr als einem Jahrhundert ein wohlwollender Schutzherr und Förderer kirchlich-religiöser Lebens in der Pfalz gewesen ist, und die Treue zum Reich zwingen uns, die sog. autonome Regierung der Pfalz als für uns nicht existierend zu betrachten und diesen unseren Standpunkt auch dem Volke gegenüber zu vertreten.

Wir sehen aus der gegenwärtigen unhaltbaren Lage keinen anderen Ausweg, als den, es der rechtmäßigen Regierung zu ermöglichen, ihre Tätigkeit baldigst in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Eine entsprechende Kundgebung haben auch die protestantischen Geistlichen beschlossen.

Zu vorstehender Kundgebung wäre zu bemerken, daß diese in keinem Zusammenhang mit der Nordaffäre in Speyer steht, letzteres Vorwissen bestätigt aber die in der Kundgebung ausgesprochene Befürchtung, daß die Autonomiebewegung den Frieden gefährdet.

## Ein Jahr Ruhrbesetzung

Am heutigen 11. Januar jährt sich der Tag des französisch-belagerten Einbruchs in das Ruhrgebiet. Nach vorläufigen Schätzungen wird sich der in der Zeit von Januar bis Ende September 1923 durch die Inflation eingetretene gesamte Schaden rein rechnerisch auf 3½ bis 4 Milliarden Goldmark belaufen, wobei aber zu beachten ist, daß wichtige Schadenpositionen in dieser Summierung überhaupt nicht zum Ausdruck kommen, weil sie zahlenmäßig nicht erfassbar sind. Die Summe der tatsächlichen Schäden allein beläuft sich auf rund 2 Milliarden Goldmark. Die Gesamtsumme von 3½ bis 4 Milliarden Goldmark, entspricht allein schon der gesamten von Frankreich im Jahre 1871 geleistete Kriegsschädigung.

An statistischen Angaben über die Folgen der Ruhrinvasion wird mitgeteilt:

Gestorben sind 132 Personen, außerdem sind zahlreiche Deutsche verwundet, andere infolge der in der Gefangenschaft erlittenen Behandlung erkrankt und dauernd in ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit geschädigt.

Ausgewiesen sind 89 524 Beamte. Angestellte und Arbeiter des Reiches und der Länder mit 106 184 Familienangehörigen, außerdem Tausende von Privatpersonen, über deren Gesamtzahl keine zuverlässigen Angaben vorliegen.

Zeitlich sind in französisch-belagerten Gefängnissen gefangen im ganzen 2021 (davon 350 Personen in ausländischen Gefängnissen) und zwar 432 Beamte, 1589 Zivilpersonen.

Die Gesamtzahl der verhängten Freiheitsstrafen beträgt 1634 Jahre.

Für Anrede der Besatzung sind 209 Schulen mit 2313 Klassen für 127 000 Schüler beschlagnahmt worden.

Zeitungsverbote sind 173 ergangen.

an sich schon einseitlich ist. Aber sie wußte von Anfang bis zum Ende das Dienstmädchen glaubhaft zu machen und hatte spielerische Höhepunkte wie die Vorbereitung zum Tanz, die unübertrefflich waren.

Das „Strindbergs „Frl. Julie“ als Kammerstück geeignet ist, braucht nicht betont zu werden, sah doch der Dichter darin den Anfang des intimen Theaters überhaupt. Da um ba ch hatte daher einen richtigen Griff getan, der sich noch um so erfolgreicher erwies, als wir ja immer noch in der Zeit etwa einem Jahrzehnt herrschenden Strindbergbegeisterung leben. Wir erinnern uns noch der Jenseitsbegeisterung. Wie aber damals eine Jenseitsbegeisterung folgte, so glauben wir auch dem heutigen Jenseitsbegeisterung eine Strindbergbegeisterung voraussetzen zu können. Immerhin der monomane Strindberg interessiert und daß auch der der naturalistische Psychologe, nicht nur der Symboliker Strindberg Reduktionskraft besitzt, zeugt die Fälligkeit des Saales. Die Karlsruher Kammerstücke scheinen zu leben! Prof. Dr. Doll.

## Tanabend Tril Gadesow

Vor seiner Rückkehr nach Amerika gab Tril Gadesow im Konzerthaus nochmals Gelegenheit, seine hochentwickelte Tanzkunst zu bewundern. Es geschah nicht musikalisch-bühnengemäß wie in der Joseslegende oder im Schleicht der Pietette, sondern musikalisch-architektonisch, wovon er hier nur einige wenige Proben gezeigt hatte. So als Einactanten ins Hochrelief eines Bühnenausschnitts herausgetrieben, dem jeder alte Kulissenfänger fehlt, offenbarte Tril Gadesow als Prototyp des männlichen Tänzers jedoch erst die volle, beweihräufige Eigenart seines eminenten Könnens. Der Abend ergab ein erhebliches Mehr an tänzerischer Ausdruckskraft, als man einem in dem Isomorphisch Eingestellten zugestimmt hätte. Es ist doch nicht allein einseitige Weindreier, die Gadesow betreibt, sondern aus hundertfach erprobter Routine getriebene Kraft, die Bewegungsfreudigkeit immer wieder frisch zu disziplinieren und in schöner plattischer Linie zu bändigen. Vielleicht arbeitet der Künstler seine Tänze etwas zu stark auf den schönen Menschen heraus, aber es sind immerhin ausgereifte Leistungen, die nicht im reinlichen Heben bleiben, fast sogar das rhythmisch-plastische Spiel ins Rhythmische erheben. Am An- und Abwachen jedes Tanzes liegt ein charakteristischer Jenseitskreis bereits beschlossener, die Durchbildung eines Gedankens also, die auch auf ästhetisches Bewußtsein schließen läßt. Solch geläutertes Empfinden verleiht zum mindesten auch die sorgsam und zäff-

## Eine Kundgebung des Reichsanstalters

Der Reichsanstalters erklärt anlässlich der Wiederkehr des Jahrestags des Ruhrbruchs eine Kundgebung, in der es u. a. heißt:

Am 11. Januar jährt sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter Verletzung des Versailler Vertrages deutsches Land mit Waffengewalt besetzt haben. Tausende von Menschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben, und über 2000 Gefangene barren noch heute in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Freiheit. Das Martyrium wurde noch ins Unrechtliche gesteigert durch die schamlosen Übergriffe eines landfremden kaiserlichen Separatistengebühls.

An alle diejenigen in der Welt, welche sich noch menschliches Empfinden und völkerrechtliches Denken bewahrt haben, appelliere ich, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wieder hergestellt werde.

Alle Leiden und Bedrückungen, denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes in dem abgelaufenen Jahre in ihrem Kampfe um Recht und Heimat ausgesetzt waren, hat sie nicht wandern machen können in ihrer Treue zum deutschen Vaterlande, und niemals war im unbesetzten Deutschland der geistige Besitz von Rhein und Ruhr so hart verankert wie heute.

Als Kanzler des Deutschen Reiches und als Sohn unserer geliebten rheinischen Heimat danke ich heute den Schweizern und Brüdern an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und an der Saar für ihre treue Ausbarren, in der Hoffnung, daß der Tag der Befreiung von fremder Besatzung und der endgültigen Wiedervereinigung mit dem unbesetzten Deutschland nicht mehr fern sei.

Es lebe das eine unteilbare Deutschland.

ges. Reichsanstalters Dr. Marx.

## Politische Neuigkeiten

### Der Wiederbeginn der Militärkontrolle

Die Kontrolltätigkeit der Interalliierten Militärkommission hat am Donnerstag gleich in großem Umfange eingeleitet. Die Offiziere erschienen mit dem deutschen Verbindungsoffizier in Zivil bei den in Frage kommenden Dienststellen, denen sie ihr Kommen vorher angekündigt hatten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist die Kontrolle in Berlin, München, Frankfurt a. M. und einigen anderen Städten ausübt worden. Soweit bisher feststeht, ist es dabei zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

In Berlin begaben sich die Vertreter der preussischen Militärkommission des Innern, und zwar zu der dort untergeordneten Leitung der preussischen Schutzpolizei, wo sie sich für die Organisation und die Stärke der Polizeikörper interessierten. In München erschienen sie im dortigen Wehrkreiskommando (Stab der 7. Division), wo sie ebenfalls nach der Stärke der verschiedenen Truppenteile fragten. Die Kontrolle in Frankfurt a. M. galt gleichfalls der Schutzpolizei. In Köln galt die Besichtigung des Geschäftszimmers des dort garnisierenden Bataillons des Infanterie-Regiments 5. Den Kommissionen, die größtenteils unter Führung englischer Offiziere standen, wurde überall auf die beschiedenen Fragen bereitwillig Auskunft erteilt, soweit diese Fragen sich auf Dinge bezogen, die zum Kompetenzbereich der Interalliierten Kontrollkommission gehören.

### Reichbergs Plan nicht diskussionsfähig

Bezüglich der Pläne Arnolds Reichbergs wird in unterrichteten Berliner Kreisen darauf hingewiesen, daß Reichberg, der in der Presse vielfach mit seinem Bruder, dem bekannten Kaufmännischen verwechselt wird, vor dem Krieg das Projekt einer Vereinigung englischer Wirtschaftskreise an deutschen Unternehmen und Deutscher an englischen Unternehmen als ein Mittel zur Befreiung der Beziehungen vertreten hat. Nach dem Kriege vertrat er den Standpunkt, daß nunmehr eine gegenseitige Beteiligung nicht mehr in Frage komme, daß es jetzt darauf ankomme, das Frankreich sich an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft interessiere. Dieses Interesse glaubt Reichberg dadurch zu erwecken, daß das Kapital der deutschen Aktiengesellschaften um 30 Prozent erhöht und dieser Anteil Frankreich zur Verfügung gestellt wird. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß, wie die Dinge liegen, man von einer Wirkung auf eine Lösung des Reparationsproblems nicht reden könne. Es wird eine große Gefahr darin erblickt, daß, wenn es zu Verhandlungen mit Frankreich kommt, das von Reichberg vertretene freiwillige Angebot

lediglich die Rolle eines Zusatzangebots spielen würde, für das Frankreich keine Gegenleistung gewähren würde. Es wird ferner als undenkbar erachtet, daß man einer fremden Macht eine Kontrolle über unsere Verhältnisse, wie sie Reichbergs Plan in sich schließt, aussetze. Der Vorschlag Reichbergs wird als nicht diskussionsfähig betrachtet. Es wird betont, daß die Reichsregierung nicht das Geringste damit zu tun hat noch haben will.

## Badische Uebersicht

### Aktuelle Fragen der Wirtschaft

#### Eine Besprechung im Ministerium des Innern

Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos V, Generalleutnant Reinhardt, weilte gestern und vorgestern auf Einladung der badischen Regierung in Karlsruhe. Die Regierung ging bei ihrer Einladung von der Absicht aus, dem Befehlshaber des Wehrkreises Gelegenheit zu geben, sich mit den Regierungsstellen und den führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens über aktuelle Fragen der Wirtschaft auszusprechen, sich über die Auffassungen der Wirtschaftskreise zu informieren und selbst zu den Fragen Stellung zu nehmen.

Nach kurzer Begrüßung der zu einer Besprechung im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern sehr zahlreich erschienenen Vertreter von Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Presse durch Minister Remmele, der die Sitzung leitete, ergriff Generalleutnant Reinhardt das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er seine Stellung zu den Fragen darlegte. Er betonte dabei einleitend, daß es ihm fern liege, in die Befugnisse und die Arbeit der Landesregierung einzugreifen und sein Amt im Sinne einer Nebenregierung aufzufassen. Es sei vielmehr sein Bestreben, mittels seiner Befugnisse die der Staatsregierung gezogenen Grenzen zu stützen und zu erweitern.

Auf die brennenden Wirtschaftsfragen eingehend besprach General Reinhardt zunächst die Währungsstabilisierung. Durch die Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel sei nicht nur erreicht worden, die Störung in der Versorgung des Marktes zu beheben, sondern auch gleichzeitig einen Preisabbau in die Wege zu leiten. Es muß alles getan und jeder Versuch einer Diskreditierung unserer wertbeständigen Zahlungsmittel, vor allem der Rentenmark gemeinsam bekämpft werden, um eine neue Inflation zu verhindern. Die Tätigkeit der Presse in Südwestdeutschland kann nach dieser Seite hin nur anerkannt werden.

Auf die Sparmaßnahmen des Staates, die mit drakonischer Strenge durchgeführt werden, durch weiteren Abbau der Preise und genaueste Kalkulation im Handel zu unterstützen, ist eine der vorbringlichsten Aufgaben. Eine bedauerliche Wegleiterscheinung ist aber, daß die rohstoffverarbeitenden Unternehmungen darniederliegen und zu Arbeiterentlassungen geführt haben. Die Erwerbslosen stellen nicht nur eine Gefahr für die innere Ruhe dar, sondern auch einen bedeutenden Anfall der Kaufkraft. Die staatliche Beschäftigung der Arbeitslosigkeit kann nur einen geringen Bruchteil der Erwerbslosen umfassen und es wäre deshalb erwägenswert, dem Beispiel Württembergs folgend, auch in Baden einen Notstandsarbeitskommissioner zu ernennen, der sich in engstem Einvernehmen mit der Industrie der Frage der Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu widmen hätte.

Generalleutnant Reinhardt schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß sich alle seine Maßnahmen, soweit davon wirtschaftliche Fragen berührt werden, auf Sachverständigen-Gutachten stützen und mahnte zu geschlossener Gemeinschaftsarbeit aller Stände und Berufe.

In der nun folgenden Aussprache wurden zunächst von Oberregierungsrat Emels (Arbeitsministerium) einige Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Baden mitgeteilt. Es ging daraus hervor, daß augenblicklich 58 000 Erwerbslose und 66 000 Kurzarbeiter vorhanden sind und etwa 1000 Notstandsarbeiter vom Staat bei der Ladenburg-Staustufe und im Oberland beschäftigt werden. Die Zahl der Vollerwerbslosen ist in der letzten Zeit etwas zurückgegangen.

Reichstagsabgeordneter Schöpslin bemerkte weiter, industrielle Kreise erklärten, die große Kreditnot trage wesentlich zur Arbeitslosigkeit bei. Neben der ferner manche Dinge mit mehr sozialem Auge als mit militärischem anzusehen.

Ministerialrat Dr. Schöffelmeier gab Aufklärungen über die Rentenmarktkredite und sprach dabei die Hoffnung aus, daß wohl auch die Privatbanken ihre Bedingungen bei Kreditbewilligung erleichtern werden, da die Kreditgewährung den Kernpunkt für den Wiederaufbau der Wirtschaft darstelle.

Mit der Frage der Kreditgewährung befaßte sich dann eingehender Bankier Dr. Stein (Karlsruhe). Die Banken können von sich aus keine Mittel schaffen, sie sind darin abhängig von den Zuteilungen. Die Banken vermitteln nur die Kredite. Was von dem Rentenmarktkredit übrig sei, fliehe nur sehr langsam in den Verkehr. Es fehlt vor allem den Banken im Gegensatz zu früher an Depositengeldern. Man habe durch günstige Gestaltung der Zinsätze versucht, Rentenmark an die Banken zu ziehen, wobei zu berücksichtigen sei, daß die Banken in der Zinsfestsetzung nicht unabhängig sind.

Mit der Ausgabe der Rentenmark befaßte sich Herr Esas (Mitglied der Handelskammer Karlsruhe). Bei der Ausgabe der Rentenmark sei der Norden entschieden bevorzugt gewesen. Die Reichsbank müsse sich zu einer großzügigeren Politik entschließen; der Geldumlauf müsse gefördert werden. Von besonderer Bedeutung sei eine für Süddeutschland günstigere Gestaltung der Prachtartik.

Direktor Weg (Bad. Bank) besprach die Lage der Kreditnehmer, deren Erleichterung für die Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sei. Eine Erhebung der Kreditnot sei nicht von der Rentenmark zu erwarten, wohl aber auf den vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Aussicht genommenen Weg der Goldnotenbank.

Abg. Gebhard, Präsident der Landwirtschaftskammer, wies auf den Verteuerungsfaktor der Umsatzsteuer hin. Er warnte

### Badisches Landestheater

Am Freitag, den 18. d. Mts. gelangt Mozarts Oper „Titus“, neuinszeniert und in der letzten Neubearbeitung von Anton Rudolph erstmalig zur Darstellung. Das Werk wurde in dieser Fassung bereits vor 4 Jahren zur Aufführung angenommen. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe, inszeniert wird das Werk von Oberregisseur Hans Puffard. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Briggemann, Henkel, Stecher und Weber, sowie die Herren Balbe und Barth. Als nächste Neueinszenierung gelangt in der Oper Weverbergs große Oper „Die Hugenotten“ zur Aufführung. Ferner wurde Alexander Zemlinskys einaktige tragische Oper „Der Zwerg“, welche an einer Anzahl allerersten Bühnen u. a. erst jüngst an der Wiener Staatsoper mit außerordentlichem Erfolg zur Darstellung gelangte, erworben. Zur Vervollständigung dieses Abends wurde Erich Wolfgang Korngolds einaktige letztere Oper „Der Ring des Polykrates“ erworben. Beide Werke befinden sich bereits in Vorbereitung. Für Ende März ist sodann die Erstaufführung von Walter Braunfels neuer komischer Oper „Der Blau von den grünen Tönen“ vorgesehen. Das Werk wurde dem Bad. Landestheater vertraglich als der ersten Bühne nach der Württembergischen Aufführung zugesichert. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß das Bad. Landestheater in angemessenen zeitlichen Abständen eine vollständige Neueinszenierung und Neuinszenierung von Richard Wagners „Der Ring des Nibelungen“ in Aussicht genommen hat. Als erstes Werk gelangt noch in dieser Spielzeit „Das Rheingold“ zur Darstellung. Für die Neuaufführung wurden dem Bad. Landestheater die Mittel durch private Stiftungen zur Verfügung gestellt.

Bei einer Fortsetzung des Preisabbaus und besprach schließlich noch die Frage der Arbeitsdienstpflicht.

Generalleutnant Reinhardt sagte in seinem Schlusswort eine Vertretung der geäußerten Wünsche, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung der Frachttarife zu. Bei der Geldknappheit dürfe nicht übersehen werden, daß sie bewußtgemäßen herbeigeführt sei, um alle Reserven (Devisen usw.) flüssig zu machen und der Wirtschaft zu erschließen. Eine besondere Aufgabe sehe er darin, die Bevölkerung wieder zur Anlage der Gelder bei den Banken zu erziehen.

Minister Kemmelte dankte dem Wehrkreisbefehlshaber für die Darlegung seiner Absichten über die Auslegung seiner Amtspflichten und seine Stellungnahme zu den aktuellen Wirtschaftsforderungen. Zusammenarbeit sei die erste Notwendigkeit für eine Besserung unserer Lage.

### Kein deutsches Mehl nach der Schweiz

Von zünftiger Stelle wird mitgeteilt: In den letzten Tagen ging durch die Presse eine Mitteilung, wonach Weizenmehl in größeren Mengen zur Verfütterung nach der Schweiz eingeführt werde. Diesem Mehl soll, damit es nicht als Weizenmehl verwendet werden kann, ein Farbstoff beigegeben werden.

Da sich an die Mitteilung die Vermutung anschließt, es handle sich dabei um deutsches Mehl, wurde der Sachverhalt sofort behördlich geprüft. Die behördlichen Feststellungen haben, wie nicht anders zu erwarten war, ergeben, daß in ausländisches Mehl nicht zur Ausfuhr nach der Schweiz kommt. Wohl aber bezieht die Schweiz aus anderen Ländern Mehl, das zum Teil im Transitverkehr deutsches Gebiet passiert.

### Die Kriegsgefangenenarchivstelle Württemberg-Baden

Ist zu Ende des Jahres 1923 aufgelöst worden. Die Akten sind an die Reichsarchiv-Zweigstelle Stuttgart abgegeben worden, die damit auch die Auskunftsverteilung übernommen hat. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch die Reichsarchiv-Zweigstelle Heilbronn aufgelöst, deren Auskunftsverteilung eingestellt wurde, um die Akten der badischen Truppen zur Reichsarchiv-Zweigstelle Stuttgart zu verbringen. Die Auskunftsverteilung aus diesen Akten wird nicht vor Anfang März aufgenommen werden können. Die Reichsarchiv-Zweigstelle bittet deshalb, sich bis dahin mit der Erledigung bereits eingegangener Anfragen zu gedulden.

### Aus der Evang. Landeskirche

Nach einem Beschluß der Kirchenregierung wird auf Mitte Februar der von der letzten Landeskonferenz geschaffene Landeskirchenrat in einberufen werden. Es wird ihm ein neues Befehlsgesetz vorgelegt werden, das die Bezüge der Geistlichen im Dienst und Ruhestand und die der Hinterbliebenen der staatlichen Festsetzung in den entsprechenden Gehaltsklassen anpaßt, sowie ein auf Goldbasis gestelltes Budget; außerdem wird er sich mit dem Abbau in der Verwaltung und in den Pfarrdiensten zu beschäftigen haben. Die Finanznot der Kirche darf nunmehr als im wesentlichen gehoben betrachtet werden. Die Bezüge der Geistlichen konnten für die 1. Januarhälfte ausbezahlt werden; für die 2. Januarhälfte und weiterhin ist die Auszahlung aus den Kirchensteuererträgen sichergestellt. Die vom Oberkirchenrat angetragenen Hilfsaktionen der Gemeinden sind nunmehr überflüssig.

### Kommunale Rundschau

Von der Nahrungsmittelkontrolle in Freiburg i. Br. Am Ende des Jahres wurden wieder verschiedene Händler zur Anzeige gebracht. In mehreren Fällen wurde Butter, die sogar verdorben war, zu teuer verkauft. Dann wurden auch muffige Eier, die zurückgehalten waren, über den Preis als frische Trinkeier abgesetzt. Ein Metzger gelangte zur Anzeige, weil der Fleischwurst und Wienerwurst zu viel Wasser zugegeben war. Im Milchhandel konnte erstmalig in dem Berichtsmonat eine Preisverminderung verzeichnet werden.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde der bisherige Vorsteher Caspari (Deutsche Volkspartei) in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten mit 100 von 194 gültigen Stimmen wiedergewählt. Der sozialdemokratische Kandidat, für den auch die Kommunisten stimmten, erhielt 94 Stimmen, 17 Zettel waren unbesetzt.

DZ. Mühlheim, 10. Jan. Eine Versammlung der Mühlheim-Ladenweiler Birtenvereinigung hat beschlossen, die Richtpreise für ein Viertel Wein auf 25 Pfennige für alten und 40 Pfennige für neuen festzusetzen.

### Aus der Landeshauptstadt

**Zum Tode des a. o. Professor Dr. Emil Dieckhoff**, der, wie gemeldet, am 7. Januar nach kurzer Krankheit hier gestorben ist, sei noch sein Lebensbild mitgeteilt. Er ist geboren am 27. November 1851 in Scharzfeld a. Harz (Hannover), widmete sich an der Universität Göttingen dem Studium der Pharmazie und bestand dort im Juli 1875 das Staatsexamen. Nachdem er den akademischen Grad eines Dr. phil. erlangt hatte, wurde er zunächst Assistent bei Professor Post an der genannten Universität und siedelte auf 1. September 1880 an die Technische Hochschule Karlsruhe über, wo ihm die Stelle eines Unterrichtsassistenten an dem damals unter Leitung des Hofrat Professor Dr. Birnbaum stehenden chemischen Institute übertragen wurde. Im Sommersemester 1888 erhielt Dr. Dieckhoff einen Lehrauftrag für eine im Winter- und Sommersemester je zweistündige Vorlesung über pharmazeutische Chemie und nach der im März 1891 mit einer Arbeit über das Cjone erfolgten Habilitation als Privatdozent für Chemie und Pharmazie einen weiteren Lehrauftrag über „gerichtliche Chemie“. Nach seiner Habilitation bewegte sich seine wissenschaftlichen Arbeiten weiter auf dem Gebiete des Cjone. Seine Hauptbeschäftigung betraf die Ausarbeitung von Untersuchungsmethoden für die pharmazeutische Großindustrie. Nachdem ihm im Dezember 1892 der Charakter als außerordentlicher Professor verliehen worden war, wurde er im Sommersemester 1902 als Leiter der qualitativen und pharmazeutischen Abteilung in chemischen Institut der Karlsruher Hochschule beauftragt. Eine sehr große Anzahl von Apothekern verbanden dem benannten und beliebten Lehrer ihre Ausbildung auf dem Gebiete der pharmazeutischen Chemie, denen er auch in späteren Jahren jederzeit mit Rat und Tat beistand.

Nach dem Kriege, den er als Hauptmann der Landwehr mitmachte, später wurde er Major und Patrouillenkommandeur, an die Friedrichsruhe zurückgekehrt, übte er noch drei Semester lang seine Dozentenpflicht aus, bis er auf 1. Mai 1920 nach nahezu 40jährigen Diensten in den Ruhestand trat.

**Landestheater.** Es sei hiermit nochmals besonders darauf hingewiesen, daß die am Samstag, den 12. stattfindende letzte Aufführung des Weihnachtsmärchens „Spulezwirnen“, das Sonntagabend, um halb 4 Uhr nachmittags beginnt. — Am Sonntag, den 13. ds., findet eine Wiederholung von Richard Wagner's „Die Meistersinger von Nürnberg“ statt unter der musikalischen Leitung des Operndirektors Cortolozzi. Die Besetzung ist die gleiche wie bisher. Beginn der Vorstellung 5 Uhr. — Am Dienstag, den 15., gelangt Carl Maria von Weber's romantische Oper „Der Freischütz“ zur Darstellung. Als Gastgeberin tritt Fräulein Margarete Wallas vom Reichlichen Theater in Gera auf. Musikalische Leitung Operndirektor Cortolozzi. — Für Mittwoch, den 16., ist eine Wiederholung von Ludwig's beliebter komischer Oper „Der Zigeunerbaron“ angelegt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark.

	11. Januar		10. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 625 925	1 634 075	1 625 925	1 634 075
Kopenhagen	752 115	755 885	757 105	759 895
Italien	187 530	188 470	186 533	187 467
London	18 254 250	18 345 750	18 254 250	18 345 750
Newyork	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Paris	2 4 987	2 01 013	2 11 470	2 12 530
Schweiz	749 622	753 578	750 120	755 880
Brno	125 685	126 315	125 685	126 315
Wien (100 Kronen)	61 595	61 405	60 847	61 153

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

**Die Karlsruher Börse im Reichsrat.** Der Reichsrat beschloß u. a. eine Änderung der Vorschriften für die Karlsruher Börse, wonach keine Kursmakler ernannt zu werden brauchen.

**Herabsetzung der Gütertarife.** Mit Rücksicht auf die sehr prozentige Ermäßigung der Kohlenpreise hat sich das Reichsverkehrsministerium zu einer Herabsetzung der Gütertarife entschlossen. Die normalen Gütertarife werden mit Wirkung vom 20. Januar um acht Prozent ermäßigt werden. Auch ein Teil der Ausnahmetarife soll eine Herabsetzung erfahren, sofern nicht, wie etwa bei Kartoffeln, in der letzten Zeit schon größere Vergünstigungen gewährt worden sind. Für eine spätere Zeit plant das Reichsverkehrsministerium eine Umgestaltung des Gütertarifwesens überhaupt, jedoch sind die Arbeiten darüber noch nicht abgeschlossen. U. a. wird an weitere Vergünstigungen für die Durchfuhr und für die Frachtkosten gedacht, auch sollen besondere Seehafentarife eingeführt werden.

### Verschiedenes.

#### Schweizer Hilfe und deutsche Kurgäste.

Nachdem die deutschschweizerische Presse in längeren Auseinandersetzungen auf den schrecklichen Kontrast zwischen dem Luxus der deutschen Kurgäste und der Notwendigkeit einer schweizerischen Hilfsaktion für Deutschland hingewiesen hat, erhebt sich auch die deutschschweizerische Presse, namentlich die linke, ihre Stimme. So schreibt die „Zürcher Post“:

„Die Schweiz hat als Grenzland kein Interesse daran, durch Unfreundlichkeit gegenüber ihren Gästen sich selbst zu schaden. Man erinnert sich noch gewisser offizieller Antragszettel, die vor drei Jahren gemacht wurden, um den Strom der deutschen Kurgäste nach den deutschen Winterportplätzen zu leiten. Derartige ist vom deutschen Standpunkt aus begründlich. Ein anderes aber ist es, wenn man hört, daß bei der Hilfe für die deutsche Not in erster Linie an die sich in der Schweiz erholenden Deutschen gedacht werden soll. Hier muß man allerdings fordern, daß diesen gewisse Nutzen gemacht wird, wie bestimmt lautem, profügigen Nutzen wirkt. Von Nutzen, die eben erst die Türe eines Gesundheitsbades hinter sich zugesehnen haben, an dessen Pfosten sie sich füttern. In St. Moritz wohnten am 29. Dezember 1923 1259 Deutsche. Sie brauchen an einem Tage mindestens 30 Franken auf den Kopf, zusammen also 37 770 Franken. Man warte es, wenn die Hilfe für die hungrigen Landleute auch nur die Ausgabe eines einzigen Tages zu sparen? Wissen sie, wie eifrig und wie lange die kleine Schweiz sammeln muß, um 40 000 Franken für hungrige Deutsche zusammenzubringen? In ganz Graubünden zählt man an 4000 deutsche Kurgäste.“

Dazu schreibt die „Frankf. Ztg.“:

„Solange die deutsche Volksgemeinschaft aus eigener Kraft mit dem ungeheuren Elend unserer Väter allein nicht fertig zu werden vermag und auch die Hilfe des Auslands willkommen heißen muß, gibt es für jeden Deutschen, der seinem Volke innerlich wahrhaft verbunden ist, nur eine Spaltung: Opfer, Opfer an Geld, Opfer an Freunden und Genossen, Opfer an Überflüssigen. Und magt jemand zu bestritten, daß er immer noch im Überflüssigen sitzt, wenn er sich eine Genießreise außer Landes leisten kann, auch wenn dort die Hotelpreise billiger sein sollten als im Vaterlande? Wir haben Zuschriften erhalten, die Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründe für diese Schweizer Kurareisen in jetziger Notzeit geben wollen. Es gibt nur einen richtigen Grund: ernste Krankheit. Sonst aber gilt nur Opfer und Verzicht. Wie unglücklich dürr und hart ist doch die Seele so mancher Zeitgenossen geworden: sie legen einer Hilfsorganisation einige Geldscheine auf den Tisch und denken dann getrost ihre Vergnügungsreise ins Ausland machen zu können. Diese Menschen sind schlimmer als die Gedankenlosen, die am Ende ohne Gabe vorbeispielen; den sie denken sich vom ungeschriebenen Gesetz deutscher Schicksalsgesetze loszusagen zu können. Es gibt in jedem Volke Egoisten, die in Verantwortunglosigkeit und Rücksichtslosigkeit ihre leicht ertrafften oder ergrunneten Mittel ebenso danklos verschleudern, wie man würde zu weit gehen, solches Rad, weil es zufällig eine deutsche Geburtsurkunde aufweisen kann, als Deutsche zu betrachten. Menschen von solch lumpiger Gesinnung haben sich längst selbst aus deutscher Volksgemeinschaft ausgestoßen. Man sollte den deutschen Namen mit ihnen nicht mehr in Verbindung bringen, auch nicht, wenn gleich 4000 solcher Leuten ein fremdes Land beglücken sollten.“

### Staatsanzeiger

#### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

#### Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

In den Ruhestand abgetreten: Kriminalobersekretär Wilhelm Stambach in Freiburg.

Zurückgesetzt: Oberin Johanna Hecht bei der Heil- und Pflegeanstalt Jlenau auf Ansuchen.

#### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ministerialoberrechnungsrat Rudolf Burtart beim Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe auf Ansuchen; Professor Wilhelm Gahn an der Höheren Mädchenschule in Pforzheim, auf Ansuchen.

#### Ministerium der Finanzen.

Zurückgesetzt auf Ansuchen: Oberforstwart Johann Steiser in Obermünsterthal.

#### Gestorben:

Finanzinspektor Karl Deichler in Baden.

Soeben erscheint:  
**Reichsrechtliche Kostenvorschriften**  
nach dem Stand vom 1. Januar 1924  
Bearbeitet von  
Rechnungsrat **Sarkis**  
im Justizministerium Karlsruhe  
Inhalt: Gerichtskostengesetz, Gebührenordnung für Rechtsanwälte, Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, Gesetz über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen, Gebührenordnung für die Gerichtsvollzieher, Gesetz über die Erstattung der Prozesskosten, Gebührenbestimmungen in Standesregisterfällen.  
Preis etwa 80 Pfg.  
G. Braun Verlag G. m. b. H. in Karlsruhe

**Spielplan vom 13.-22. Januar.**  
**Im Landestheater.** So. 13. Die Meistersinger von Nürnberg. 5. (Sp. I 8.00.) Th.-Gem. Nr. 901 bis 1200. — Mo. 14. Volksbühne N 1. Götz von Berlichingen. 7. (Sp. I 4.20.) — Die 15. A 11. Der Freischütz. 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 1201 bis 1600, 2401-2500. — Mi. 16. F 12. Zar und Zimmermann. 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 4501 bis 4900. — Do. 17. E 11. Der Totentanz 1921. 7. (Sp. I 4.20.) Th.-Gem. Nr. 3101-3600. — Fr. 18. G 11. Neuestudiert: Titus, Oper in 2 Akten von W. A. Mozart. Textliche Neubearbeitung von Anton Rudolph. 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 3601-4000. — Sa. 19. B 11. Nebeneinander. 7. (Sp. I 4.20.) Th.-Gem. Nr. 1601-1900, 4301-4500. — So. 20. vorm. 11 1/2 Uhr in der Wandelhalle des I. Rang. **Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes:** Vortrag von Prof. Dr. Preisendanz: Einführung in die Orestie des Aeschylus. Für Mitglieder des Th.-Kulturverbands, Besucher der Vorstellung am 26. und Mitglieder der Gesellschaft für deutsche Bildung 50 Pfg., übrige Besucher 1 M.; abends 6. **Lohengrin.** (Sp. I 7.20.) Th.-Gem. Nr. 2101-2900. — Mo. 21. Volksbühne N 2. Götz von Berlichingen. 7 (Sp. I 4.20.) — Die 22. D 11. Titus. 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 2801-2900, II. und III. Sondergruppe. **Im Konzerthaus.** So. 13. und So. 20. jeweils **Bunter Abend.** Hierauf: Zum ersten Male: **Satan's Maske.** Grotteske in einem Akt von Paul Czinner. 7. (Park. I 3.00.)  
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vorzugsrecht der Abonnenten u. Inhaber v. Vorzugskarten am Samstag, den 12., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 14., an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).

**Badische Lichtspiele.**  
Aus Anlaß der Ausstellung für  
**Wintersport und Wandern**  
Samstag, den 12., Montag, den 14., Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. Januar, jeweils abends 8 Uhr, Mittwoch auch 4 Uhr nachm.  
**Wunder des Schneeschuhs!**  
**Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen durchs Engadin.**  
Vorverkauf im Musikhaus Müller, Kaiserstr. **Konzerthaus.**  
**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.**  
In der Gemeindef. Blankenloch ist die Maul- und Klauenseuche erloschen. Die feinerzeit verhängten Spermmahre, ein werden wieder aufgehoben. 8.41  
Karlsruhe, den 9. Januar 1924. O. 3. 2  
Bezirksamt Abt. II.  
Das Bad. Forstamt Karlsruhe-Vordt. berichtet Freitag, den 25. Januar d. J., vormittags 9 Uhr, im Schützenhause bei Karlsruhe, aus den Abteilungen IV, 8, 17 und 19a des Staatswaldes Hardwald: 8. 2

III.; Ränge A: 0.97 II. Oberforstwart: 0.97 III. in Blankenloch und Forstwart Seib in Karlsruhe. Sch. bez. 12 zeigen das Holz vor.  
Raklitten, Roseinteilung und Auskunst durch das Forstamt.  
**Nadelrundholzverkauf**  
des staatlichen Forstamts Baden, freihändig, etwa 650 Jm. in 12 Losen.  
Angebote sind bis spätestens Samstag, den 9. Januar 1924, vormittags 10 Uhr, einzubringen. Die veranschlagte und nähere Auskunft durch das Forstamt Schloßleichenstr. 2 Baden-Baden (Betriebs 1005). B. 31  
Raut-Gesellschaftsbeschl. wurde heute die Liquidation unserer Gesellschaft beschlossen und zum Handelsregister angemeldet.  
Etwasige Gläubiger wollen sich melden. D. 14  
Wieg. Wirtschaftliche Automobilgesellschaft m. b. H. Siedebraun & Söhne